

## Informationsblatt zur Finanztransaktionssteuer - was soll sie, was kann sie, wann kommt sie?

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS), eine Gründungsforderung von Attac („Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens“), ist aus mehreren Gründen überfällig:

- um die hochspekulativen Finanzströme einzudämmen und
- um die Verursacher der Finanzkrise an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen.

Die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer sollen vor allem für die internationale Armutsbekämpfung sowie den Klima- und Umweltschutz verwendet werden.

Die Initiativen für eine FTS reichen lange zurück. Durch die weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen hat sie neue Schubkraft erhalten. Bereits nach der großen Depression der 1930er Jahre schlug der Ökonom John Maynard Keynes zur Vermeidung kurzfristiger und spekulativer Investments eine Steuer für den Aktienmarkt vor. 1972 propagierte der Wirtschaftswissenschaftler James Tobin eine FTS auf internationale Devisengeschäfte als eine wirksame Möglichkeit, um die zunehmenden Währungsspekulationen einzudämmen und Wechselkurse zu stabilisieren. Die Finanz- und Währungskrisen der 1990er Jahre (Asienkrise) haben die Diskussion über die so genannte Tobinsteuer wieder aufleben lassen.

1998 wurde Attac als zivilgesellschaftliche „Vereinigung für die Besteuerung von Finanztransaktionen“ in Frankreich gegründet. Seit 2000 gibt es Attac Österreich. In Kooperation mit Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen hat Attac Österreich 2006 erreicht, dass sich alle österreichischen Parlamentsparteien für die Einführung einer solchen Steuer auf globaler Ebene aussprachen. Auch in anderen europäischen Ländern wurden solche Entscheidungen erreicht.

Doch erst die weltweite Finanzkrise ab 2007 verhalf der FTS zum Durchbruch und brachte die politische Debatte erneut in Gang. Auf internationaler Ebene wird jedoch nach wie vor blockiert (vor allem durch die USA und den Internationalen Währungsfond - IWF).

**Auf europäischer Ebene haben sich im Oktober 2012 elf EU-Länder\* darauf geeinigt, mit Jänner 2014 eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.**

Seither wird über die Ausgestaltung dieser Steuer diskutiert. Aber gleichzeitig gibt es auch eine **konzertierte Gegenoffensive der Finanzindustrie** mit dem Ziel, die FTS prinzipiell zu verhindern oder so zu verwässern, dass sie die Spekulations- und Profitmöglichkeiten der Finanzmarktakteure möglichst wenig einschränkt. So publizierten beispielsweise drei der mächtigsten Banken (Citigroup, Goldman Sachs und Morgan Stanley) innerhalb weniger Wochen „wissenschaftliche“ Studien, welche angeblich verheerende Folgen der FTS für europäische Banken behaupten.

Für Attac und die gesamte Allianz von MitstreiterInnen bleibt daher viel zu tun. Es geht darum, gemeinsam die Attacken der Finanzlobby abzuwehren und die elf Staats- und Regierungschefs jener europäischen Länder, die die Finanztransaktionssteuer im Wege der verstärkten Zusammenarbeit einführen wollen, zu mehr Konsequenz und Stehvermögen aufzufordern. Und es geht auch darum sicherzustellen, dass die FTS entsprechend unseren Forderungen umgesetzt wird. Konkret heißt das:

- eine flächendeckende Anwendung eines einheitlichen Steuersatzes (etwa 0,1 Prozent) ohne Ausnahmen bei der Steuerbasis
- die Erhebung der Steuer nach dem Sitzlandprinzip, um Fluchtmöglichkeiten zu erschweren
- die Erfassung von Börsengeschäften (auch außerbörsliche Transaktionen, insbesondere die Besteuerung von Derivaten und Devisengeschäften).
- Wenn es die europäische Finanztransaktionssteuer einmal gibt, ist der nächste Schritt, an der globalen Umsetzung zu arbeiten.

**Quellen:** Attac Austria – Jahresbericht 2012 (10f); Attac News vom 13.02.2013 und 27.06.2013

\*Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, die Slowakei, Slowenien, Spanien, Österreich und Portugal